

# Warum der Mondschein-Tarif verschwand

Ulrich Jochimsen

**Horst Siedle (42), Geschäftsführer der 100jährigen Telefonfabrik Siedle & Söhne, Furtwangen, staunte nicht schlecht: »Die staatliche Post bricht in den von uns aufgebauten Markt für Heimtelefonanlagen und Türsprechstellen ein und nennt das auch noch Wettbewerb.« In der Tat, die 500 000 Mann starke Deutsche Bundespost braucht sich nicht an übliche demokratische oder Marktgeplogenheiten zu halten. Diese Planungen wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Postverwaltungsrat mit Siemens, dem »Hoflieferanten« der Bundespost, abgestimmt und in eine Rechtsverordnung gepreßt.**

Am 16. Juli 1980 erschien sie, die »15. Änderungsverordnung der Fernmeldeordnung«, im Gesetzblatt. Dazu Postverwaltungsratsmitglied Dr. Baur (Siemens): »Die Heimtelefonanlage ist nur durch modernste technische Innovation möglich geworden. Deshalb bringt die Einführung der Heimtelefonanlage am Markt zwangsläufig Probleme mit sich.« Dagegen Horst Siedle, dessen Firma von der Post nicht einmal informiert wurde: »Anlagen mit diesen Benutzungsmerkmalen könnten wir seit mindestens 30 Jahren bauen, wenn die Post sie durch Vorschriften nicht verhindert hätte.«

So kann die neue Heimtelefonanlage in Wahrheit lächerlich wenig. Wie seit vielen Jahrzehnten im Büro wird demnächst auch zuhause von Zimmer zu Zimmer

## Der HO-Laden Bundespost

und in die weite Welt per Nebenstellenanlage und bis zu 4 Telefonapparaten ferngesprachen. Klingelt es an der Haustür, kann mit demselben Posttelefon nahgesprachen werden. Auf Vorhaltungen von Postverwaltungsratsmitglied und CDU-MdB Windelen, die Bundespost handle wieder einmal im Alleingang an der betreffenden mittelständischen Industrie vorbei, behauptete Gscheidle-Vertrauter Dr. Arnold in der Sitzung des Arbeitsausschusses des Postverwaltungsrates am 28. 5. 80 in Bonn: »Alles wurde mit dem ZVEI abgestimmt.«

Nicht mit dem ZVEI (Zentralverband der Elektroindustrie), der eher eine Fö-

deration von Fachverbänden konkurrierender Interessen ist, sondern nur mit dem kleinen geschlossenen Kreis etablierter »Hoflieferanten« im Fachverband 13 »Fernmeldetechnik« des ZVEI hatte sich die Post abgestimmt. Denn die Ergebnisse werden den anderen Fachverbänden nicht automatisch mitgeteilt.

Der Markt für Türsprechanlagen wurde von Herstellern, Großhändlern und 26 000 Elektroinstallationsfirmen mit etwa 200 000 Mitarbeitern aufgebaut. »Jetzt kommt die Bundespost, setzt sich an den gedeckten Tisch und schließt die Gruppen mit Hilfe ihrer staatlichen Verordnungen aus. Arbeitsplätze im staat-

## Stirbt die Oma, erbt die Post das Telefon

lichen Bereich sind offensichtlich wertvoller als im privaten Bereich. Ein praktisches Beispiel, wie die Bundesregierung Mittelstandspolitik versteht«, so Horst Siedle.

Der Beschaffungspreis der neuen Heimtelefonanlage für die Post liegt zwischen 500 bis 600 DM. Der Gesprächsgebührenumsatz wird durch die wunderbare Vermehrung von Fernsprechern im Heim erheblich steigen. Trotzdem die Post sich einen Markt von 500 000 Heimtelefonanlagen bis 1985 ausrechnet und »Vergünstigungen an ihre Kunden weiterzugeben als ihre Pflicht ansieht«, so Post-Staatssekretär Dietrich Elias, bleibt auch bei einer einmaligen Kaufsumme von 1070 DM die Anlage im Eigentum der Post, denn »die Heimtelefonanlage ist ein typisches Beispiel für die Möglichkeiten der technischen Innovation, wie sie bisher vielleicht nur zentral in Vermittlungsstellen verwirklicht werden konnte. Heute sind sie ebenso kostengünstig in der Endstelle.«

Was für den »Postkunden« auf den ersten Blick als günstig erscheint, wird bald zum Alptraum. Ist im freien Markt der Kunde König, bleibt er trotz aller Beateuerungen der Post ihr Untertan. Bei der Post wird der »Kunde« nicht bedient, sondern als Antragsteller und Teilnehmer abgefertigt und ist zu oft bald restlos bedient.

Der Postwerbeslogan »Schenk der Oma ein Telefon« ist so betrügerisch wie die Möglichkeit des Kaufs der Heimtelefonanlage: Stirbt die Oma, erbt die Post das Telefon, und nach 10 Jahren wird der Besitzer der »gekauften Heimtelefonanlage« erleben, daß die Post Eigentümer geblieben ist und die Anlage zurückhaben kann, wann immer sie will. »Gekauft ist gekauft, und wiederholen ist gestohlen« gilt ab sofort nicht mehr. Die Deutsche Bundespost beispielhaft für die zukünftige soziale Marktwirtschaft der Bundesregierung? »Während der Urlaubszeit werden keine neuen Telefonanschlüsse verlegt; nur die, die im öffentlichen Interesse liegen«, sagt Amtschef Köhn vom Fernmeldeamt Flensburg. Für ihn wird der Antragstoß »schnellstmöglich« abgearbeitet.

»Ruf doch mal an«: Wer den flotten Werbesprüchen der Post folgt, merkt bald, wie dieser gigantische, träge Behördenapparat zunächst seine eigene Daseinsvorsorge betreibt. Dazu Ex-Postgewerkschaftschef und heutiger Postminister Kurt Gscheidle: »Wir haben deshalb Probleme, weil viele unserer gesetzlichen Bestimmungen zu einem Zeitpunkt gemacht wurden, wo man diese neue Entwicklung noch nicht voraussehen konnte. Und da gibt es im Juristischen jetzt Schwierigkeiten. Wie kann man im Gesetz entweder durch extensive Auslegung der Gesetzestexte oder aber durch Umänderungen der Texte erreichen, daß man so viel in die Aufgaben bei der Bundespost einfangen kann.« Was im Bereich der Paketpost gegenüber der Konkurrenz nicht klappt, funktioniert im Fernmeldemonopolbereich um so besser.

Ende Januar 1979 mußte Siemens-Vorstandschef Plettner eingestehen, daß Siemens trotz hoher öffentlicher Fördermittel und mehrfacher Verschiebungen die neue Technik nicht innerhalb der nächsten Jahre realisieren kann.

Nur deshalb mußte am 1. April 1980 der »Mondscheintarif« zu Grabe getragen werden. Nicht die Gewinn- und Verlustlage des gelben Giganten (2 Milliarden DM im letzten Jahr zu viel) erzwang die Einführung des teureren »Billigtarif«, sondern der zu große Ansturm an Telefonfernleitungen. Mangelbewirtschaftung über den Preis wie beim Erdöl.

Schon längst geht es nicht mehr darum, daß die Post alles beim Telefon deshalb selber machen muß, um angebliche Störungen aus dem Fernsprechnetz fernzuhalten, sondern um die Amtshilfe für die akkreditierten Geheimdienste. Meint Postminister Kurt Gscheidle: »Das ist eine ganz wichtige Frage in einem Kommunikationssystem...« □